

Die Ernte 2021 ist runter – für ukrainische Landwirte die vorerst letzte im Frieden. Was heißt das für uns?

FOTO: ASTRID THOMSEN

Weder geben die Entwicklungen auf den Weltagrarmärkten Anlass zur Hoffnung, dass die Folgen des Ukrainekrieges schnell überwunden werden. Noch rücken notwendige agrar- und verbandspolitische Konsequenzen daraus in greifbare Nähe. Ernüchternd dürfte somit für die meisten der 200 Zuhörer das Agrarpolitische Forum auf der agra 2022 nach zwei Stunden geendet haben.

Organisiert von den drei mitteldeutschen Bauernverbänden, diskutierte das Forum auf der Leipziger Messe über „Krieg in der Ukraine: Konsequenzen für die Agrarmärkte und die Politik in Deutschland und der Europäischen Union“. Mit Dr. Klaus-Dieter Schumacher hatte man einen weithin bekannten Agrarmarktexperthen eingeladen, der für die globale Versorgungslage vor allem mit Getreide bzw. mit Lebensmitteln für das Wirtschaftsjahr 2022/23 keine Entspannung erkennen kann. Im Gegenteil: Vielmehr deutete vieles darauf hin, dass „wir vor einer globalen Ernährungskrise stehen“.

Maßgeblicher Treiber dieser Krise ist aus Sicht des Hamburgers zum einen die Verknappung samt Preisanstieg bei Getreide und Mais. Schätzungen gingen davon aus, dass dem Weltmarkt bis Ende Juni etwa fünf bis sieben Millionen Tonnen Weizen und zehn bis zwölf Millionen Tonnen Mais aus der Ukraine fehlen werden. Und dies bei insgesamt knappen Lagerbeständen.

Wichtiger Unterschied

Zum anderen – und dies ist ein wichtiger Unterschied zu vorherigen Marktverwerfungen – dehnten etwa Farmer in Brasilien und Argentinien trotz hoher Erzeugerpreise heute ihren Anbau nicht aus. Als Gründe nannte Schumacher die hohen Betriebsmittelpreise und die lückenhafte Verfügbarkeit von Dünger. Vom desolaten Weizenmarkt sind nach seiner Analyse besonders Länder in Nordafrika, südlich der Sahara und im Nahen Osten sowie Indonesien betroffen. Es drohe eine Hungerkrise, weil die Menschen in vielen armen Ländern den Preisanstieg bei Mehl und Brot um bis zu 100 % nur mit „Verbrauchseinschränkungen kompensieren“ könnten. Schumacher forderte daher, dass UN-Welternährungsprogramm finanziell besser auszustatten und so Nah-



Quadratur des Kreises

Wie ist mit den Folgen des Ukrainekrieges umzugehen? Der Mangel an Antworten zeigt, dass der Diskurs weit an eigentlichen Erfordernissen vorbeigeht. Eindrücke vom Agrarpolitischen Forum auf der agra.

rungsmittelhilfen zu ermöglichen. In der EU würden in der Folge die Preise weiter auf sehr hohem Niveau verharren. Insofern blieben die Nahrungsmittelpreise neben der Energie Inflationstreiber. Engpässe bei Brotgetreide seien nicht zu befürchten. Allerdings zeichnen sich Probleme bei der Versorgung mit Futtergetreide vor allem in den südlichen EU-Mitgliedstaaten ab. Grundsätzlich, so Schumacher, lastet besonderer Druck auf den Veredlern, und im Ackerbau „frisst der starke Kostenanstieg die höheren Erzeugerpreise fast wieder auf“.

Vage bleibt für ihn, ob und wie sich alternative Handelswege öffnen. Aus Indien rechne man mit Weizenexporten von bis zu acht Millionen Tonnen. Maisexporte aus Nord- und Südamerika seien

aufgrund von Logistikengpässen und der Bioethanolproduktion eher unwahrscheinlich. Völlig unklar bleibe, ob China aus seinen hohen Lagerbeständen, die überdies von zweifelhafter Qualität sein dürften, Exporte zulässt.

Auf Jahre gestört

Für die Ukraine zeichnete der Marktexperte in Leipzig ein düstres Bild. Die Ernte- und Exporterwartungen in der Saison 2022/23 dürften halbiert werden. Allein die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, Treibstoff, Saatgut, Dünger und Pflanzenschutzmitteln seien erheblich eingeschränkt, sodass es auf eine Halbierung der Frühjahrsaussaat hinauslaufen könnte. Während Russland ohne größere Probleme Getreideexporte, die im

März sogar über Vorjahresniveau lagen, über das Schwarze Meer abwickle und eine weitgehend normale Frühjahrsaussaat vollziehen könne, herrsche in der Ukraine weitgehend Stillstand. Über die Häfen läuft nichts mehr. Per Bahn und Lkw würden weniger als eine Million Tonnen Getreide im Monat exportiert. Russland greife überdies gezielt Inlandssilos und Eisenbahnverladestellen mit dem Ziel an, den Export von Agrarprodukten längerfristig zu erschweren. Der fehlende Export sorge zudem für volle Silos, „sodass die Einlagerung der neuen Ernte schwierig werden dürfte“. Schumacher schätzt, dass die Wiederherstellung der vollen Exportkapazität der Ukraine mehrere Jahre dauern wird.

In Kenntnis dieser Einschätzungen entwarf Prof. Alfons Balmann, Direktor und Abteilungsleiter am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (Iamo), Thesen für dringend notwendige agrar- und verbandspolitische Antworten. Dass die sich als „Quadratur des Kreises“ entpuppen, wie es der Vizepräsident des Thüringer Bauernverbandes (TBV), Udo Große, nannte, hat seinen Grund. Denn laut Balmann ist man von den Erfordernissen der Zeit meilenweit entfernt. Die „Schockwellen“, die der Krieg in der Ukraine ausgelöst hat, werden Balmann zufolge noch eine Weile anhalten. Seiner



Hohe Erwartungen beim Publikum im gut gefüllten Messeforum.

Ansicht nach müssten sich jetzt, gleichwohl die Gesellschaft Veränderungen einfordert, die agrarpolitischen Prioritäten verschieben. Denn dieser Krieg zeige, dass die Sicherung der Ernährung die grundlegende gesellschaftliche Funktion der Landwirtschaft ist. Dabei stelle sich „unweigerlich die Frage nach Zielkonflikten“. Allerdings gebe es sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch der Gesellschaft sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, ob sich die Zielkonflikte eher im Rahmen einer ökologischen Agrarwende oder durch eine nachhaltige Intensivierung bewältigen lassen. Für den Agrarökonom werfen die ehrgeizigen Ziele zur Ausdehnung des Ökolandbaus Fragen nach ihrer Nachhaltigkeit auf, „falls dem Ökolandbau nicht drastische Steigerungen der Flächenproduktivität gelingen“.

Unabhängig davon befindet sich die Landwirtschaft nicht nur in einem globalen Wettbewerb, sondern weltweit im Wandel. Angetrieben werde diese Entwicklung durch Digitalisierung, biotechnologische Entwicklungen, den Klimawandel und sich ändernde Konsummuster. Teilweise, so Balmann, scheinen sich Innovationen im Agrarsektor in Schwellenländern Südamerikas und Osteuropas schneller auszubreiten als in der EU. Als „verkürzt“ bezeichnete er daher Diskussionen, wonach deutsche Standortnachteile primär aus höheren Umweltstandards resultieren würden: „Vielleicht wird der globale Technologiewettbewerb zunehmend bedeutsam.“ Er biete Perspektiven, die es zu nutzen gelte.

Hausgemachte Defizite

Überdies macht Balmann Strukturdefizite aus. Der Großteil der deutschen Landwirtschaftsbetriebe wirtschaftet mit einer zu geringen Rentabilität. Die Ursache sei nur teilweise in niedrigen Produktpreisen zu suchen. Ein mindestens genauso wichtiger Faktor seien die vielfach zu geringen Betriebsgrößen. Die Mehrzahl der Haupterwerbsbetriebe erziele im mehrjährigen Durchschnitt Gewinne, die weit unterhalb der Einkommen anderer Sektoren liegen würden. Hinzu komme, dass die Landwirtschaft um die knapper werdenden Arbeitskräfte konkurrieren müsse. Auswege eröffneten Rationalisierung, der Abbau arbeitsintensiver Produktion sowie Fachkräfte aus dem Ausland. Anerkannt werden sollte, dass viele Tierschutz- und Umweltprobleme managementbedingt sind. Balmann legte den Finger in eine Wunde, die schon länger offenliegt: dem „Diskursversagen“. Innerhalb der Politik und der Ver-

bände besteht aus seiner Sicht immer noch ein hoher Bedarf an selbstkritischen Diskussionen. In der Landwirtschaft etwa scheuten sich Verbände, sich mit dem Problem unrentabler Betriebe oder schrumpfender Produktionsbereiche wie der Tierhaltung auseinanderzusetzen – wohl aus einer gewissen Furcht vor den eigenen Mitgliedern.

Selbstkritik vermisst der Iamo-Direktor aber auch bei den Umweltverbänden, die Zielkonflikte zwischen Umwelt, Klima und Tierschutz ausblenden sowie die Funktionen des technologischen Fortschritts und der Marktwirtschaft leugnen würden. Als Beispiel für „politischen Populismus“ bezeichnete Balmann die Umverteilung von Agrarmitteln aus dem Osten in den Südwesten der Republik, was dem notwendigen Strukturwandel zuwiderlaufe.

Balmann begrüßte das Zustandekommen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Gleichwohl habe es auch hier „faule Kompromisse“ gegeben. Das reicht von den angeblich 90 Mrd. € externen

für Artenvielfalt, Umwelt- und Klimaschutz. Sein Sachsen-Anhalter Kollege, Sven Schulze (CDU), äußerte sich indes enttäuscht, dass die Anbaufreigabe, die neben Sachsen-Anhalt etwa auch Thüringen im Bundesrat gefordert hatte, keine Mehrheit fand. Klar sei, dass man damit nicht die Versorgungslücken schließen, aber einen Beitrag hätte leisten können. Und offenbar habe die EU-Kommission, dem Green Deal zum Trotz, den Ernst der Lage erkannt. Marktexperte Schumacher bestätigte, dass die Vorrangflächen kaum eine Weltmarktwirkung entfalten könnten. Es wäre aber ein Zeichen gewesen, das Preisspitzen hätte brechen können.

Strategie? Fehlanzeige!

Ähnlich äußerten sich die Bauernpräsidenten Torsten Krawczyk (Sachsen) und Olaf Feuerborn (Sachsen-Anhalt). Krawczyk kritisierte angesichts der Preissteigerungen den Lebensmitteleinzelhandel, dem er „Margenabschöpfung“ vorwarf. Sein Kollege Feuer-



Impulse für die Diskussion lieferten der Marktexperte Klaus-Dieter Schumacher (l.) und der Direktor des Iamo, Halle, Alfons Balmann.

Kosten, die die deutsche Landwirtschaft verursachen soll – eine Zahl, die Balmann nicht nachvollziehen kann –, über die Absicht, die Zahl der Betriebe erhalten oder sogar erhöhen zu wollen, bis zur Tatsache, dass Nahrungsmittelproduktion und Unternehmertum kaum Erwähnung finden. Jenseits „eines erwarteten Geldregens“ vermochte man nur wenig „Win-win-Potenziale“ erkennen. Als Beleg für „anhaltendes gegenseitiges Fingerzeigen“ hatte er die jüngste Debatte um die Stilllegung von Flächen ab 2023 angeführt.

Um die aktuelle Nutzung der Ökologischen Vorrangflächen für den Getreide- und Leguminosenanbau ging es in der Diskussion. Sachsens Landwirtschaftsminister Wolfram Günther (Grüne) verteidigte die Entscheidung und warnte zugleich vor einer Abkehr von wichtigen Maßnahmen

born wies nochmals auf die Düngeeinschränkungen in den roten Gebieten hin, deren pauschale Ausweisung nicht zu akzeptieren sei. Er gab zu bedenken, dass Deutschland im Dürrejahr 2018 Nettoimporteur von Getreide war, und fragte: „Was passiert, wenn wir wieder eine schlechte Ernte einfahren?“

Aus dem Publikum wollte der ostsächsische Landwirt Marco Birnstengel, der sich bei LsV Sachsen engagiert, wissen, was die Politik zu tun gedenkt, um für die Ernte 2023 die Mineräldüngerverfügbarkeit zu sichern. Angesichts von 0,5 GV/ha und weniger in Mitteldeutschland sei man auf Mineräldünger angewiesen. Thüringens Agrarstaatssekretär Torsten Weil (Linke) sicherte zwar Unterstützung zu. Von strategischen Plänen der Politik konnte er aber nicht berichten. FRANK HARTMANN

ERNTEVERSICHERUNG

BDM stärkt Özdemir

Freising. In seiner Weigerung, betriebliche Mehrgefahrenversicherungen über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zu fördern, erhält Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir Unterstützung vom Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM). Da die Risiken sehr unterschiedlich verteilt seien, müssten sie differenziert betrachtet werden. So sei bei Grünland die Wahrscheinlichkeit eines ganzjährigen Ernteausfalls wesentlich geringer als im Marktfruchtbereich. Eine staatliche Förderung über die GAK würde bedeuten, dass diese Agrargelder ungerecht verteilt würden, so der BDM.

VORRANGFLÄCHEN

Auch Wien gibt frei

Wien. Anders als ihre Berufskollegen in Deutschland können österreichische Landwirte Brachflächen uneingeschränkt für die Produktion nutzen. Zulässig ist der Anbau aller Ackerkulturen mit Pflanzenschutzmittelanwendung sowie eine Nutzung der Flächen durch Beweidung oder Mahd. Begründet wird die Maßnahme mit den Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die weltweite Versorgungssicherheit sowie den massiv steigenden Betriebs- und Futtermittelkosten. Potenziell geht es um bundesweit rund 9.000 ha.

LISTERIEN

Ministerin unter Druck

Wiesbaden. Hessens Landwirtschaftsministerin, Priska Hinze, ist wegen listerienbelasteter Gurken unter Druck geraten. Der Landesverband der SPD in Hessen warf der Grünen-Politikerin Versäumnisse vor und forderte persönliche Konsequenzen. Hinze habe nach dem Listerien-Skandal rund um den Fleischverarbeiter Wilke im Sommer 2019 nichts dazugelernt, Kontrollbehörden kämen ihren Aufgaben nur unzureichend nach. Die Organisation foodwatch kritisierte, es gebe weiterhin grundlegende Schwachstellen der Lebensmittelüberwachung in Hessen. Der betroffene Betrieb war zwei Jahre lang nicht kontrolliert worden. AGE/RED